

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopsi der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 832, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 289

## Die Jugoslawen in Kärnten.

„Bollzogene Tatsachen.“

v. Klagenfurt, 14. Oktober.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Heute früh gegen 4 Uhr rückte, wie ich Ihnen bereits gemeldet habe, jugoslawisches Militär in der Zone A des Kärntener Abstimmungsgebietes ein. Freiwillige, die in der Dobrudscha, in Mazedonien und in Kärnten gekämpft hatten, zogen in mehreren Legionen Formationen in das Kärntener Land ein. Es wurden also nach berühmtem Muster „bollzogene Tatsachen“ geschaffen in dem Augenblick, wo die Plebiszitkommission das Ergebnis der Abstimmung verkündete.

Der Umstand, daß jugoslawisches Militär die ganze Zone A besetzt, bedeutet nach der Auffassung jugoslawischer Politiker nicht mehr als einen Schritt, den die Interessen des slowenischen Volkes der Regierung in Belgrad vorschreibt. Der jugoslawische Bevollmächtigte, Minister Jovanovic, stützt sich vor der interalliierten Kommission in Klagenfurt zunächst auf den Umstand, daß Jugoslawien 15 278 Stimmen erhalten habe, und daß somit 41 v. H. der stimmberechtigten Bevölkerung den Schutz Jugoslawiens wünschen. Namens der Belgrader Regierung erklärt er, daß das Vaterland seine Söhne nicht verlassen wolle und auch nicht verlassen werde. Der Umstand, daß die slowenische Mehrheit auf dem rechten Draupfer wohnt und daß der Draupfer sozusagen eine natürliche Grenze des slowenischen Sprachgebietes ist, wird im Zusammenhang mit der Erklärung des Ministers von der jugoslawischen Presse mit Nachdruck betont. Bis zu den Abendstunden lagen über weitere Schritte der Belgrader Regierung keine Mitteilungen vor. Es ist nur bekanntgegeben worden, daß „zum Schutze des Lebens und des Vermögens der Slowenen“ in der Zone A Militär einmarschiert ist, und daß die Belgrader Regierung das Ergebnis der Abstimmung noch einer Prüfung durch den Obersten Rat in Paris unterbreiten wird. Bis die Angelegenheit erledigt ist, mag noch geraume Zeit vergehen.

Die Kärntner Frage, wie sie in Jugoslawien beurteilt wird, bringt zunächst die Möglichkeit der Aufschubs der Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien in der Adriafrage in den Vordergrund. Heute schon hatten die jugoslawischen Delegierten nach Venedig abreisen sollen. Es ist sehr wahrscheinlich, fast gewiß, daß diese Reise jetzt ganz unterbleibt. Die Verhandlungen in der Adriafrage dürften nach meinen neuesten Informationen erst im Januar des nächsten Jahres beginnen, und auch dann nur unter der Voraussetzung, daß auch in der Kärntner Frage keine ernstlichen Verwicklungen entstehen.

Die Abstimmung in Kärnten war nach jugoslawischer Auffassung die letzte Phase der Abrechnung Jugoslawiens mit der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie. Es wäre verfehlt, aus den Vorläufern der Kärntner Agitationszeit den Schluß zu ziehen, daß in Jugoslawien jetzt eine deutschfeindliche Richtung einsetze. Man unterscheidet mit peinlicher Konsequenz Oesterreich und Deutschland. In Jugoslawien wird das alte Oesterreich dermaßen gehaßt, daß man dem neuen Staat das größte Wohl, das diesem kleinen deutschen Lande widerfahren kann, die Errettung aus seiner Not durch den Anschluß an Deutschland, gerne gönnen würde, nur um Oesterreich in der alten, verhassten Form verschwinden zu sehen. Man vergißt in Jugoslawien und namentlich in Slowenien, bei allem ererbten Widerstand gegen Oesterreich, die wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht, und man würde eine direkte Zollgrenze mit Deutschland lebhaft begrüßen. In der Kärntner Zone A hat man rund 1 1/2 Milliarden jugoslawisches Kapital durch Anlauf von Fabriken und Liegenschaften investiert, ein bestimmender Grund für Slowenien, an dem früher gekennzeichneten Standpunkt festzuhalten und eine Revision des Abstimmungsergebnisses durch den ersten Rat in Paris anzustreben. Ein leitender jugoslawischer Politiker sagte mir heute, daß er in der Tatsache des Einmarsches den „festbestimmten Willen Jugoslawiens“ erblicke, „auf Kärnten nicht zu verzichten, und die „feste Entschlossenheit“, diesen Willen „einer Welt zum Trost mit allen Mitteln durchzusetzen“. Zunächst sollen aber die Diplomaten arbeiten. Die Entscheidung über Kärnten, so meinte der Herr weiter, fällt in Paris.

## 4 1/2 Milliarden für die Diesel-Motoren.

Die Entente versteht sich bei ihrer Forderung auf Zerstörung der „schönlaufenden Dieselmotoren“ darauf, daß diese Maschinen für U-Boote verwendet werden könnten. In Wirklichkeit gibt es keinen bestimmten U-Boot-Dieselmotor, sondern die ganze Entwicklung der deutschen Dieselmotoren drängt auf einen Typ, der in einer bestimmten Form besonders in elektrisch betriebenen Werken Verwendung findet. Die Zerstörung der Dieselmotoren würde zunächst zu einer Lahmlegung der erzeugenden Industrie, aber auch vielfältiger Kraftanlagen führen, die diese Motoren für Dynamoantrieb verwenden. Der Wert sämtlicher in Deutschland vorhandener Motoren wird auf eineinhalb Milliarden geschätzt. Die Erschließung der Betriebe samt den Entschädigungen

gen für die durch die Zerstörung bewirkten Stilllegungen wären aber auf mindestens das Dreifache des obigen Betrages zu schätzen.

\*

Zur Auslieferung der Dieselmotoren an die Entente hat der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft an die Reichsregierung die dringende Aufforderung gerichtet, unter keinen Umständen dieser unerhörten Forderung nachzugeben. Deutschland würde durch die Abgabe der Dieselmotoren eines der wichtigsten Mittel zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens verlieren. Gerade im landwirtschaftlichen Interesse müsse vor einer Auslieferung von Dieselmotoren auf das Dringende gewarnt werden. Ihre Fortschaffung würde deshalb auch die Lebensmittelversorgung unseres Volkes bis zur Unerträglichkeit steigern.

## Die Wiedergutmachungsfrage.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 14. Oktober.

Der Gedanke einer deutsch-französischen Aussprache über die Wiedergutmachung ist gefährdet, nachdem England, wie ich erfuhr, in Paris zu verstehen gegeben hat, daß es sich im Falle einer solchen Aussprache für das Problem nicht weiter interessieren würde.

Dem „Petit Parisien“ zufolge werden die französisch-englischen Verhandlungen über die Konferenzfrage voraussichtlich noch mehrere Tage fort dauern. Das Blatt versichert, die Londoner Regierung sei aufrichtig bemüht, eine Verständigung zu erleichtern, und habe vielleicht noch niemals solche Bereitwilligkeit zur Regelung vorübergehender kleiner Schwierigkeiten gezeigt, wie gerade in diesem Augenblick. Das zeigt sich in der Oberschlesien-Frage, in dem gemeinsamen Auftreten Frankreichs und Englands in Warschau, ferner in der Danziger Frage und im Orient, wo die Annäherung der englischen Politik an die Politik Frankreichs bereits eine Besserung der Lage der Franzosen in Cilicien und Syrien herbeigeführt habe.

gh Paris, 15. Oktober.

Das „Echo de Paris“ schreibt: Der Meinungsaustausch wird in London und Paris über die Wiedergutmachungsfrage fortgesetzt. Gestern ist ein neues wichtiges Dokument eingegangen. Die ersten beiden Phasen der Prozedur sind folgendermaßen festgelegt worden: 1. Die Einigung der Sachverständigenmitglieder des Wiedergutmachungsausschusses in Brüssel, 2. internationale Konferenz nach dem Vorbilde von Spa. Bleibt noch die dritte Phase, die Entscheidung.

Die französische Regierung hatte zuerst verlangt, daß eine Konferenz der Regierungschefs der Alliierten entscheidet. Es scheint aber nicht, daß das Kabinett von London dieser Ansicht zuneigt. Unter diesen Umständen scheint die französische Regierung vorge schlagen zu haben, daß bei Ausgang der internationalen Konferenz die Angelegenheit dem Wiedergutmachungsausschuß überwiesen werde. Da der Wiedergutmachungsausschuß aber keine effektive Macht besitzt, um die notwendigen Sanktionen zu erteilen, so scheinen neue Verhandlungen unter den alliierten Mächten notwendig zu werden. Soweit steht also die Angelegenheit.

\* New York, 14. Oktober. (United Telegraph.)

In einer Unterredung mit dem Londoner Vertreter des „New York Globe“ erklärte Lloyd George, es bestehe keine englisch-französische Krise, sondern es habe nur eine freundschaftliche Auseinandersetzung stattgefunden. Die Gerüchte, England suche einen Bund mit Deutschland, seien idiotisch. England erstrebe nur einen Menschheitsbund, der den Widerstreit zwischen den verschiedenen Gruppierungen beenden werde.

## Ententenote über die Besatzungen.

Rotterdam, 15. Oktober. (D. A.)

Nach einer Meldung der „Times“ aus Paris hat der Botschafterat die Frage der Herabsetzung der Stärke der Besatzungsarmeen in Deutschland und der Ententeüberwachungskommission in Berlin nochmals geprüft und die Entscheidung hierüber den militärischen Instanzen überlassen. Die Antwort auf die letzte deutsche Note, in der auch über die Höhe der Besatzungstruppen Klage geführt wird, soll bereits nach Berlin unterwegs sein.

## Polnische Entstellungen über Oberschlesien.

Das Reichsministerium des Auswärtigen Amtes hat, wie bereits mitgeteilt, eine Erwiderung auf das von der polnischen Regierung seinerzeit den alliierten Regierungen in Spa übermittelte polnische Weißbuch über angebliche deutsche Sabotierung der ober-schlesischen Abstimmung zusammengestellt. Die Erwiderung enthält den Nachweis, daß von den 47 polnischen Dokumenten nur polnischen Weißbuch 27 gefälscht, von den übrigen 20 sechs polnische Spitzelberichte und Berichte aus Zeitungen, sechs auf Privatbriefen beruhende Meldungen und nur acht Dokumente echten Ursprungs seien. Auch diese seien erheblich entstellt worden.

## Der Friede.

Von

Max Theodor Behrmann,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Warschau, 7. Oktober.

Heute, am 7. Oktober 1920, sollen die Abgesandten Warschaws und Moskaus in Riga ihre Unterschriften zum ersten grundlegenden Protokoll eines polnisch-russischen Friedens geben. Und genau vor dreihundert Jahren, am 7. Oktober 1620, blühte sein Leben auf dem Schlachtfelde der polnische Hetman Stanislaus Jolkiewski ein, der kurz zuvor in Moskau mit den Moskauer Bojaren auch eine Art Friedensprotokoll zustande gebracht hatte. Die Weltgeschichte gefällt sich manchmal in Analogien, aus denen sie uns damit gleichsam zu lernen heißt.

Der gegenwärtige Leiter des polnischen Reiches ist gewiß kein König Sigismund des siebzehnten Jahrhunderts, der ein katholischer Eiferer und von Jesuiten erzogen, ein enges Zusammengehen mit den Moskauer Bojaren rundweg abgelehnt hatte, weil diese als Grundbedingung hierfür ein Befehlen des polnischen Königs zur russisch-orthodoxen Kirche gefordert hatten. Und der polnische Unterhändler zu Riga, Jan Dombiski, ist noch weniger ein Jolkiewski, der vor drei Jahrhunderten mit Eifer bemüht war, die nach dem Tode des letzten Juriksprozesses trügerlos gewordene Monomachentrone aufs Haupt eines polnischen Königs zu setzen. Aber dennoch sollten wir an das Moskau des ersten Viertels des siebzehnten Jahrhunderts gerade heute denken, wo nach genau dreihundert Jahren die Warschauer von den Moskowitern den Delzweig entgegennehmen.

Der Frieden von Riga kann dem neuen Polen von heute Ruhe, Einkehr und ehrliche Schaffensfreude bringen. Ob er dies aber wirklich bringen wird, muß noch dahinstehen, wird jedenfalls davon abhängen, inwieweit Polen als Volk und Staat seinen beiden ärgsten Erbfeinden — geschichtlichen Drang nach außen und geschichtliche Zerklüftung nach innen — ehrlich entsagt. Der alte Polenstaat ist nicht, wie man uns hierzulande wütenden Herzens glauben machen möchte, deshalb zerfallen, weil gierige Nachbarn ihn zwischen sich geteilt haben — die Gier der Nachbarn wurde im Gegenteil nur deshalb entfaßt und schließlich befriedigt, weil eben das damalige Polen schon im Urinnersten zerfallen war. Und zerfallen, weil sich bei ihm ein umerloses Wollen auf einem begrenzten Können aufgebaut hatte.

Jolkiewskis Geist, der von einer Polonisierung des Moskowitersstaates, ja von einem völligen Aufgehen Moskows in das ehemalige Pfaffenreich träumte, mag gewiss nicht über den Friedensverhandlungen von Riga geschweht haben. Große, größte, über das Sein und Nichtsein von Völkern und Ländern bestimmende Politik sollte dort weder gemacht werden, noch wurde sie dort gemacht. Man wollte lediglich dem end- und wohl auch zwecklosen Blutvergießen endlich Einhalt tun — weiter eigentlich nichts. Es mag dahingestellt bleiben, ob man oder wer in Riga an eine „Atempause“ gedacht hat; das Richtige wird wohl sein, daß mählich beiden Parteien der Atem ausgegangen war und daß es schließlich beiden Parteien geraten erschien, sich die nötige Ruhe zum Aufholer zu schaffen. Diese Ruhe ist nunmehr vertraglich sichergestellt. Ob Moskau sie zur Heilung seiner zahllosen Wunden benutzen wird — diese Frage soll uns hier nicht weiter beschäftigen. Was wird aber Warschau aus und mit dem heute verabredeten Frieden machen? Darüber mögen einige Worte verstatet sein.

Polens Volk hatte während der jüngsten Jahrhunderte vornehmlich nur deshalb so viel Blut und Tränen zu vergießen, weil es sich niemals zum endgültig saturierten Staate bekennen wollte. Vom ersten Wladislaw bis zum letzten Jagellonen, also beinahe drei Jahrhunderte hindurch, verfolgten Polens Könige allerlei Nachbarvölker — Preußen, Litauer, Russen, Ruthenen — unter ihr Zepher zu bringen. In der Moskauer Kaiserlosen Zeit zu Anfang des 17. Jahrhunderts träumt man in Warschau von einem polnischen Gesamttrubland. Und als unter Johann II. Kasimir die innere Zerrüttung in Polen beginnt, unter Jan Sobieski diese weitere Fortschritte macht und August Poniatowski gänzlich unter der zweiten Zekaterina Einfluß fällt, was die erste Teilung Polens nach sich zieht, da bildet sich mählich der geschichtliche Typus eines „unzufriedenen Polen“, der sich nicht etwa mit einer nationalen Selbstbestimmung und Selbständigkeit des rein polnischen Volkes zufrieden zu geben gedenkt, sondern in heißem Begehren nach jenen Zeiten zurückblickt, wo polnische Könige für kürzere oder längere Zeit völlig fremde Völker sich botmäßig gemacht hatten. Ein volles Jahrhundert der — es mag zugegeben werden, ungerechten — Entstaatlichung hat dieses Begehren nicht geschwächt, hat es jedenfalls als Unterbewußtsein in den geschichtsbestimmenden polnischen Kreisen (die große Masse des Polenvolkes blieb und ist noch heute im Wesentlichen gleichgültig apolitisch) fortleben lassen. Mit diesem Begehren haben wir auch noch heute zu rechnen.

In Paris oder London mag man vielleicht gutgläubig annehmen, daß Polens „ethnographische Grenze“ — Bescheidenere sprechen von einer „historischen Grenze“ — im Osten bis Kiew und weit über Bitesyl hinaus liege, wo reichlich neun Zehntel der Bevölkerung weder ein Tröpfchen